

Kurzmitteilungen

Bilanz des Hochschul- und Wissenschaftsprogramms (HWP)

Das Hochschul- und Wissenschaftsprogramm (HWP) der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK) ist laut vorliegendem Abschlussbericht seinen wissenschaftspolitischen Zielen gerecht geworden. So habe das Programm „spürbar zur Entwicklung und Verbesserung der Wissenschaftsstandorte, insbesondere bei der Förderung von Nachwuchswissenschaftlern und Frauen in der Wissenschaft beigetragen“. Insgesamt wurden über das Hochschul- und Wissenschaftsprogramm (HWP) zwischen 2001 und 2006 Mittel für Chancengleichheit für Frauen in Forschung und Lehre in Höhe von rund 184.065 Millionen Euro eingesetzt. Das HWP wurde zwischen Bund und Ländern Ende 1999 vereinbart, um die Leistungsfähigkeit des deutschen Hochschulsystems, die internationale Attraktivität und die Wettbewerbsfähigkeit des Studienstandortes Deutschland zu stärken. Die Vereinbarung wurde zunächst für die Zeit vom 1. Januar 2001 bis zum 31. Dezember 2003 abgeschlossen und im Jahre 2003 nach einer Evaluation um drei Jahre bis Ende 2006 verlängert. Inzwischen werden in den Ländern einzelne Projekte mit eigenen Mitteln fortgeführt oder aber die jeweiligen Hochschulen haben die Projekte in den Regelbetrieb übernommen.

Informationen unter: <http://www.blk-bonn.de/pressemitteilungen/pm2007-17.pdf>

Expertinnen beklagen Bedeutungsverlust der Gleichstellungsperspektive

Die Bundesregierung misst nach Auffassung von Expertinnen Gender Mainstreaming (GM) einen ungenügenden Stellenwert bei. Es fehle an einer angemessenen Außendarstellung und an einem eindeutigen Bekenntnis zu bisherigen gleichstellungspolitischen Errungenschaften, kritisieren die Gender Mainstreaming Experts International (GMEI) in einem Offenen Brief vom 20. Oktober 2007 an Bundesfrauenministerin Ursula von der Leyen (CDU). Konkret bezieht sich die Kritik auf den Sechsten Bericht der Bundesrepublik Deutschland zum Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (Convention on Elimination of All Forms of Discrimination Against Women (CEDAW) Resolution 34/180). Deutschland war dem Abkommen 1980 beigetreten und soll dessen Umsetzung alle vier Jahre in einem Staatenbericht darstellen. Den aktuellen CEDAW-Report hatte das Bundeskabinett im Juni 2007 beschlossen. Das Auswärtige Amt übergab ihn im September den Vereinten Nationen. Beklagt wird vor allem eine unzureichende „Benennung und Würdigung der Erfolge und Ergebnisse der vorhandenen Gender Mainstreaming Prozesse, so etwa die Ergebnisse der

wissenschaftlichen Begleitung zur Implementierung von Gender Mainstreaming in den obersten Bundesbehörden, die Arbeitshilfen zur Umsetzung von Gender Mainstreaming in verschiedenen Feldern des Regierungshandelns, die Machbarkeitstudie zu Gender Budgeting, die Weiterförderung des Gender Kompetenz Zentrums an der Humboldt Universität Berlin, das die Bundesbehörden und andere Institutionen bei der Umsetzung von Gender Mainstreaming berät“. Auch wird kritisiert, dass die vielfältigen Konzepte, Projekte, und Umsetzungsaktivitäten in einzelnen Bundesministerien, Ländern, Kommunen, Verbänden und anderen Institutionen nur unzureichend erwähnt werden. Wären sie in ihrer Gesamtheit aufgezeigt worden, hätten sie eine solide Grundlage für ein Bekenntnis zur Fortführung der Strategie des Gender Mainstreaming geboten. Die demgegenüber getroffene deutliche Distanzierung nicht nur vom Begriff Gender Mainstreaming, sondern auch von der Strategie selbst, entspricht dem Unsichtbarmachen geschlechterpolitischer Erfolge, die gerade durch Gender Mainstreaming erzielt werden konnten.

Genauer Wortlaut der Offenen Briefe unter:

http://www.gmei.de/GMEI_offener_Brief_Ministerin_vdLeyen_CEDAW.pdf

http://www.genderkompetenz.info/w/files/gkompzpdf/1_gb_gmei_brief_101107.pdf

200 zusätzliche Professuren für Frauen

Die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK) hat in ihrer Sitzung am 19.11.2007 ein gemeinsames Professorinnenprogramm vereinbart und wird hierfür in den nächsten fünf Jahren 150 Millionen Euro bereit stellen. Ziel des Professorinnenprogramms ist es, die Gleichstellungsaktivitäten von Hochschulen zu verstärken und die Anteile von Frauen in Spitzenfunktionen der Hochschulen zu steigern. Hintergrund des Programms bildet die Auffassung, dass die gleichberechtigte Partizipation von Frauen im Wissenschaftssystem nicht nur ein Gebot der Chancengleichheit ist, sondern auch das Kreativitäts- und Innovationspotenzial in der Wissenschaft erhöht. Aus dem Programm können schon ab dem Jahre 2008 bis zu 200 Professuren finanziert werden. Gedacht ist dabei an eine Anschubfinanzierung für fünf Jahre für – vornehmlich vorgezogene – Berufungen von Frauen auf unbefristete W2- und W3-Stellen; aber auch die Finanzierung von Berufungen auf eine freie Professur (Regelberufung) ist möglich. Voraussetzung für die Förderung ist die positive Begutachtung des Gleichstellungskonzepts der sich bewerbenden Hochschule. Die Begutachtung wird durch ein externes Expertengremium aus Wissenschaft, Forschung und Hochschulmanagement erfolgen.

Weitere Informationen: <http://idw-online.de/pages/de/news236143>

GEW und Grüne fordern Frauenquote für Hochschulen

Der Vorsitzende der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft (GEW) Ulrich Thöne begrüßt das „Professorinnenprogramm“ des Bundes und der Länder als

„Schritt in die richtige Richtung“. Die GEW kritisiert, dass die Einrichtung von 200 Professuren für Frauen wirkungslos bleibe, wenn nicht gleichzeitig die Karrierewege an den Hochschulen auf den Prüfstand kommen. „Viele Nachwuchswissenschaftlerinnen finden sich nach einer langen Serie von befristeten Arbeitsverträgen in einer beruflichen Sackgasse wieder. Selbst die immer noch als Spitzenqualifikation gewertete Habilitation bewahrt nicht vor dem Beschäftigungs-Aus. Die wissenschaftliche Laufbahn müsse deshalb transparenter und berechenbarer werden.

Die Bildungsgewerkschaft GEW hat sich deshalb während der Bundestagsanhörung „Frauen in der Wissenschaft und Gender in der Forschung“ im Forschungsausschuss des Bundestags am 18. Februar 2008 für eine verbindliche Frauen-Quotierung in der Wissenschaft ausgesprochen. Auf jeder Stufe der Karriereleiter müssten mindestens so viele Positionen für Frauen reserviert werden, wie auf der vorangehenden Stufe schon erreicht sind, erläuterte GEW-Vorstandsmitglied, Andreas Keller, das von seiner Gewerkschaft und den Grünen favorisierte Konzept zur Förderung von Frauen in den Wissenschaften.

Weitere Informationen: <http://www.bildungsspiegel.de/aktuelles/gew-hochschulen-muessen-weiblicher-werden-professorinnenprogramm-grundsuetzlich-begruesst.html?Itemid=262>

58 Millionen Euro für Ausbildungsoffensive an Berliner Hochschulen soll auch den Anteil von Professorinnen steigern

Laut einer Pressemitteilung vom 15. Februar 2008 wird das Land Berlin von 2008 bis 2011 für die Verbesserung der Lehre an den Berliner Hochschulen insgesamt 57,6 Millionen Euro einsetzen. Dieses Investitionsvorhaben sieht auch die vorgezogene Besetzung von Professuren mit Frauen vor. So heißt es in der Programmlinie 3: „vorgezogene Nachfolgeberufungen W2/W3 für Frauen erfolgen auf der Grundlage der von den Berliner Hochschulen dargelegten freiwerdenden Stellen der Soll-Struktur in Fächern mit geringem Professorinnenanteil. Die Förderungshöchstdauer beträgt drei Jahre; sie kann diesen Zeitraum übersteigen, wenn die Förderung der Kofinanzierung des Professorinnen-Programms des Bundes und der Länder dient. Die Besetzung von bis zu 70 Stellen bei sukzessivem Aufbau ist möglich.“

Weitere Informationen: https://www.berlin.de/imperia/md/content/sen-wissenschaft/hochschulen/pm_ausbildungsoffensive.pdf

Stipendien für Promovierende in der Begabtenförderung steigen

Die Promotionsstipendien der Begabtenförderungswerke sind noch attraktiver geworden: Erstmals seit dem Jahr 2001 gibt es eine Erhöhung. Promovierende, die Stipendien von einem der elf Begabtenförderungswerke bekommen, erhalten nun monatlich 1.050 Euro und damit rund 15 Prozent mehr Fördermittel. Daneben werden wie bisher eine Forschungskostenpauschale von monatlich 100 Euro sowie familienbezogene Leistungen gewährt. Mit dieser Anhebung werden die Stipendien an die gestiegenen Lebenshaltungskosten angepasst. Bundesbildungsministerin Annette

Schavan begrüßte die Aufstockung der Stipendienleistungen: „Die Promovierenden sind das Fundament unseres Wissenschaftssystems. Wir wollen, dass sie sich ganz ihrem jeweiligen Forschungsprojekt widmen können. Dazu müssen sie finanziell angemessen ausgestattet sein. Mit der Anhebung der Förderung bieten wir attraktive Bedingungen für Hochbegabte in Deutschland.“ Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) finanziert einen großen Teil der Promotionsstellen und -stipendien. Für ein Stipendium der Begabtenförderungswerke ist neben einem Erfolg versprechenden Promotionsvorhaben auch gesellschaftliches Engagement erforderlich.

Zum Angebot der staatlichen Begabtenförderung im Hochschulbereich gehört zusätzlich zum Stipendium ein ideelles Förderprogramm. Es trägt dazu bei, den Verantwortungsträgern von morgen ein Wertefundament zu vermitteln. Im Jahr 2007 wurden insgesamt rund 3000 Promovierende aus Mitteln der Begabtenförderung unterstützt. Damit investiert das BMBF in diesem Bereich jährlich rund 40 Millionen Euro.

Weitere Informationen zum Stipendienprogramm und zu den Begabtenförderungswerken: www.stipendiumplus.de

Zahl der Professuren sinkt weiter

Die Zahl der Professuren hat sich nach Angaben des Statistischen Bundesamtes im Jahr 2006 gegenüber dem Vorjahr abermals verringert. Sie betrug 23.361 Hochschul-lehrerInnen an deutschen Universitäten, 114 weniger als im Jahr 2005. Damit setzte sich der Verlust von ProfessorInnenstellen der letzten zehn Jahre mit etwa 1 500 Stellen weiter fort. Da auch die Zahl der StudentInnen gegenüber dem Vorjahr leicht zurückgegangen ist, stagniert das Betreuungsverhältnis. Demnach kamen auch im Jahr 2006 im Durchschnitt 60 StudentInnen auf eine Hochschullehrer/In. Die Zahl der Promotionen und der Habilitationen ist im Vergleich zu 2005 im Jahr 2006 leicht zurückgegangen.

Weitere Informationen: http://www.academics.de/image-upload/uni-barometer-professor_0.jpg

MATILDA: European Master in Women's and Gender History

MATILDA ist das erste europäische Joint-Degree-Masterprogramm für Frauen- und Geschlechtergeschichte. Das Studium dauert zwei Jahre und verbindet fünf in diesem Feld führende europäische Universitäten auf, innovative und einzigartige Weise. Die Partneruniversitäten sind die Universität Wien als koordinierende Universität, die Sofia University St. Kliment Ohridski, die Université Lumière Lyon 2, die Central European University (CEU) in Budapest und die University of Nottingham.

Das MATILDA-Curriculum setzt sich aus Lehrveranstaltungen zu Kernbereichen der Frauen- und Geschlechtergeschichte (Theorie, Methoden und Praxis) und wählbaren thematischen Schwerpunkten zusammen. Diese reichen von mittelalterlicher Geschichte bis zur Zeitgeschichte und sollen insbesondere vergleichende und transnationale Perspektiven auf die europäische Geschichte fördern.

Studierende können MATILDA an mindestens zwei der fünf Partneruniversitäten absolvieren. Zusätzlich wird ein zweiwöchiges Sommer-Intensivprogramm angeboten, bei dem die Studierenden des Programms mit Lehrenden aus allen beteiligten Universitäten zusammenkommen.

MATILDA ist ein forschungsorientiertes Masterprogramm. Es ist für Studierende konzipiert, die Kenntnisse und Kompetenzen in Frauen- und Geschlechtergeschichte sowie in europäischer Geschichte erwerben wollen und sich für interkulturellen Austausch interessieren. Das Programm bietet die Möglichkeit, bei in ihrem Feld bestens ausgewiesenen europäischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern zu studieren.

MATILDA startet im Herbst 2008. Bewerbungen sind an eine der Partneruniversitäten zu richten.

Weitere Informationen: <http://www.univie.ac.at/Matilda>

Kontakt: matilda.history@univie.ac.at

Geschlechterquote an iranischen Universitäten eingeführt

Die Behörden in Teheran haben eine Geschlechterquote für zahlreiche Studiengänge an den iranischen Hochschulen eingeführt. Hintergrund für diese Entscheidung sind die stetig anwachsenden Studentinnenzahlen in den Fächern Medizin sowie Ingenieurs- und Humanwissenschaften. Die Einführung der Geschlechterquote sei eine neue und perfide Entrechtung von Frauen in einem Land, in dem die Frauen ohnehin unter den Folgen einer frauenfeindlichen Lesart der religiösen Überlieferungen leiden, erklärte die Bundesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, Claudia Roth, am 26. Februar in Berlin.

Weitere Informationen: <http://www.zwd.info>

